

MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG

HARALD MOLLERS

Pressekonferenz

15. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen und Monate waren für viele von uns extrem anstrengend und herausfordernd.

Die weltweite Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben buchstäblich aus den Angeln gehoben.

Seit ziemlich genau einem halben Jahr, konkret seit dem 12. März 2020, dem Tag, an dem der Nationale Sicherheitsrat den Lockdown verkündet hat, ist die Welt nicht mehr dieselbe wie vorher.

Das gilt für unser Land Belgien genauso wie für unsere Heimat Ostbelgien. Enorme Anstrengungen wurden unternommen, um zu vermeiden, dass wir in unseren Krankenhäusern ähnliche Zustände erleben, wie wir sie im Fernsehen aus Norditalien, dem Elsass und vielen anderen Regionen live miterleben mussten. Unsere Föderalregierung hat in enger Zusammenarbeit mit allen Teilstaaten weitreichende Entscheidungen getroffen, die vor dem Hintergrund der zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen und Daten notwendig und aus der damaligen Perspektive richtig waren:

Schulen und Geschäfte wurden geschlossen, Telearbeit wurde weitgehend zur Pflicht, Cafés und Restaurants durften nicht mehr öffnen, die Versammlungsfreiheit und die Reisefreiheit wurden stark eingeschränkt, Grenzen wurden dicht gemacht, Vereine und Organisationen mussten ihre Tätigkeiten einstellen.

Hätte unsere Regierung zu diesem Zeitpunkt, am 12. März 2020, nicht so konsequent gehandelt, dann wären innerhalb von einer Woche mit allergrößter Wahrscheinlichkeit unsere Krankenhäuser und damit unsere gesamte Gesundheitsversorgung unter der Last der exponentiell zunehmenden Anzahl von schwer an COVID19 erkrankten Menschen zusammengebrochen.

Niemand in diesem Land wollte Ärzte und Pflegekräfte in die Situation bringen, darüber entscheiden zu müssen, welchem Patienten sie noch helfen können und wen sie aufgeben müssen, weil die Kapazitäten nicht vorhanden sind.

Die beschlossenen drastischen Maßnahmen waren – aus epidemiologischer Sicht – von Erfolg gekrönt: die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV2 konnte verlangsamt und eingedämmt werden.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Das Schlimmste ist uns bislang glücklicherweise erspart geblieben, dank der Mitarbeit jedes Einzelnen unter uns.

Die Menschen sind zuhause geblieben.

Auch wenn bereits einige Wochen nach dem Lockdown erste Lockerungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden konnten und sich unser gesellschaftliches Leben bis auf einige – immer noch bedeutende – Maßnahmen weitgehend normalisiert hat, so geht diese schwere Krise ganz sicher nicht spurlos an uns vorbei.

Wir spüren, dass diese Krise einen nie zuvor gekannten Wandel verursacht.

Unser Zusammenleben hat sich seit März grundlegend verändert.

Und auch die Stimmung in der Bevölkerung hat sich verändert, darauf werde ich gleich noch näher eingehen.

Für uns politisch Verantwortliche und für unsere Mitarbeiter hat diese Krise ebenfalls zu weitreichenden Veränderungen geführt.

Ich selbst habe seit dem 12. März fast sieben Tage pro Woche durchgearbeitet, sehr oft mehr als 16 Stunden pro Tag, an längere Verschnaufpausen war einfach nicht zu denken.

Ich glaube, dass ich auch für meine Ministerkollegen und für viele Mitarbeiter in den Kabinetten und in der Verwaltung spreche: auf hunderte Fragen, die sich vor uns noch nie jemand stellen musste, mussten innerhalb kürzester Zeit Antworten gefunden werden, neue Regelwerke mussten buchstäblich über Nacht diskutiert und ausformuliert werden, wir alle standen und stehen als Vertreter des Staates in der Verantwortung, unsere Bürgerinnen und Bürger, den Sozialbereich, die Wirtschaft, die vielen Organisationen und Vereinigungen, die Schulen und Bildungsträger, kurzum unsere gesamte Gesellschaft bei der Bewältigung dieser Krise zu unterstützen.

Dabei stehen wir – verständlicherweise – permanent unter einem sehr hohen Druck.

Nun sind Politiker nicht unfehlbarer als jeder andere Mensch auf diesem Planeten. Entscheidungen werden in Kenntnis der vorliegenden Informationen nach teilweise langen und anstrengenden Diskussionen getroffen, müssen bei einer neuen Faktenlage revidiert werden und werden manchmal auch durch einen simplen Perspektivwechsel, z.B. nach pertinenten Rückmeldungen aus der Bevölkerung, korrigiert, damit sie für die Menschen lebbarer werden.

All das haben wir in den letzten Monaten erlebt.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Und auch Virologen und Epidemiologen sind nicht unfehlbar. Sie standen und stehen vor der großen Herausforderung, die Erforschung des SARS-CoV2-Virus schneller voranzutreiben, als das unter normalen Bedingungen der Fall wäre.

Hinzu kommt, dass die gesamte Entwicklung der Forschung in diesem Bereich vor den Augen der Öffentlichkeit stattfindet.

Neue Entwicklungen und konträre Standpunkte der Wissenschaftler werden quasi in Echtzeit publiziert.

Forschungsergebnisse, die unter normalen Umständen beispielsweise auf Fachkongressen oder durch die sogenannte Peer Review einer kontradiktorischen Analyse unterzogen und auf diese Weise erhärtet, korrigiert oder sogar revidiert werden, werden nun in aller Öffentlichkeit debattiert, und zwar nicht nur von Experten, sondern gewissermaßen von jedermann.

Die Wissenschaftler namhafter belgischer Universitäten haben lernen müssen, mit dieser neuen Öffentlichkeit ihrer Arbeit umzugehen – einige können das bis heute nicht, weil das nicht ihr Metier ist.

Und vielen Menschen in unserer Gesellschaft fällt es in diesem Trommelfeuer von Ergebnissen, Meinungen und Stellungnahmen zunehmend schwer, seriöse Quellen und bestätigte Forschungsergebnisse von unseriösen Wortmeldungen und bisweilen abenteuerlichen Vermutungen und Thesen zu unterscheiden.

Am 12. März 2020 wussten wir alle – Politiker und Wissenschaftler – noch sehr wenig über das neuartige SARS-CoV2-Virus.

Wir wussten nur: da rollt etwas auf uns zu, das für unsere Gesellschaft sehr gefährlich werden kann.

Wir alle standen und stehen unter dem Eindruck der Bilder aus Fernost, aber auch aus Italien, Frankreich und Amerika.

Die Forschung entwickelt sich jeden Tag weiter, es gibt täglich neue Erkenntnisse, z.B. über die Übertragungswege des Virus, über die richtigen und wirksamen Schutzmaßnahmen, aber auch über die langfristigen Auswirkungen des Lockdowns und der gesellschaftlichen Einschränkungen.

Wir lernen alle tagtäglich hinzu und versuchen ständig unter Hochdruck, auf Basis der vorliegenden Informationen die aus unserer Sicht bestmöglichen Entscheidungen zu treffen.

Jedoch, ich sagte es bereits: weder Politiker noch Wissenschaftler sind unfehlbar.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Nun hat diese neue öffentliche Art der politisch-wissenschaftlichen Diskussion zwei sehr unterschiedliche Facetten:

- Auf der einen Seite ist es sehr zu begrüßen, dass auf diese Weise eine nie gekannte Transparenz hergestellt wird. Quasi alles findet live vor den Augen der Öffentlichkeit statt. Damit einher geht, dass jeder interessierte Bürger nun auch die Möglichkeit hat, seine Meinung dazu kundzutun, Entscheidungen zu kritisieren oder zu hinterfragen, Ängste und Befürchtungen zu äußern, Verbesserungsvorschläge zu machen, kurzum: sich an der Debatte zu beteiligen. Das ist grundsätzlich eine gute Sache.
- Auf der anderen Seite ruft das aber auch jene auf den Plan, die ganz andere Interessen verfolgen, die womöglich sogar Profit aus dieser Krise schlagen wollen. Seit einigen Jahren sind wir vor allem im Internet mit dem neuen Phänomen der sogenannten Fake News konfrontiert. Immer mehr Menschen verbreiten - wissentlich oder unwissentlich, aber oft aus tiefer Überzeugung - Falschmeldungen, unbestätigte Vermutungen oder gar Verschwörungserzählungen. Dieses Phänomen greift auch in Ostbelgien in zunehmendem Maße um sich. Und das bereitet mir - gerade als Bildungsminister - große Sorgen. Denn es verändert unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben auf fundamentale Weise.

Dabei spielen die neuen Medien, die sogenannten „sozialen“ Netzwerke und die Messenger-Dienste eine wichtige Rolle.

Immer mehr Menschen beziehen ihre Informationen ausschließlich über Facebook, YouTube, WhatsApp und Telegram.

Print- und Hörfunkmedien, die einem journalistischen Kodex unterliegen, verlieren an Bedeutung und werden bisweilen als Mainstream-Medien oder gar als Lügenpresse verschrien.

Das hat auch bei uns ganz konkrete und - wie ich finde - schlimme Auswirkungen. Immer häufiger werden wir Politiker auch hier in Ostbelgien mit Aussagen und angeblichen Fakten konfrontiert, die ihren Ursprung in einschlägigen Telegram-Gruppen, bei Youtube oder Facebook finden.

Die Informationen, die in den neuen Medien verbreitet werden, unterliegen dort jedoch *de facto* keiner wirksamen Qualitätskontrolle.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Die wirksamste aller Qualitätskontrollen, die Peer Review, scheint dort kaum oder gar nicht zu funktionieren.

Oder anders ausgedrückt: kaum jemand wagt es, der oftmals verzerrten oder schlicht falschen Darstellung deutlich etwas entgegenzusetzen.

All dies geschieht zudem teilweise nicht vor den Augen der Öffentlichkeit, sondern oft in geschlossenen virtuellen Räumen.

Das Besorgniserregende daran ist, dass in diesen Gruppen viele Menschen, die sich Sorgen machen oder einfach ihre Ängste äußern, und deren Stimme in der Öffentlichkeit gehört werden muss, unwissentlich in ein und demselben Teich schwimmen wie Verschwörungstheoretiker, Q-Anon-Anhänger und Kriminelle, die aus den ernstzunehmenden Ängsten und Sorgen der Menschen Kapital schlagen wollen, und sei es nur durch irgendeine Form der Selbstbestätigung.

Und: Wer nicht der gleichen Meinung wie die anderen Gruppenmitglieder ist, der wird kurzerhand entfernt.

Es ist nicht ironisch, sondern perfide, dass gerade diejenigen, die nach außen am lautesten auf Meinungsfreiheit pochen, dieselbe Meinungsfreiheit in ihren geschlossenen Gruppen nicht dulden und Andersdenkende kurzerhand ausschließen.

So kann schwerlich ein demokratischer Dialog zustande kommen.

Es ist bemerkenswert, dass unser Rechtsstaat auch den Gegnern der Corona-Regeln garantiert, dass sie ihre Meinung frei äußern dürfen, dieselben Leute aber lauthals eben diesen Rechtsstaat als Corona- oder wahlweise als Meinungsdiktatur verschreien.

Der Ton in diesen Gruppen wird rauer und schärfer.

Demokratisch gewählte Politiker werden angefeindet und beschimpft, nicht selten anonym, aber immer häufiger auch unter Angabe des Klarnamens.

Das sogenannte „System“, in dem wir leben, wird infrage gestellt, was an sich ja kein Vergehen ist, aber die Androhung eines gewaltsamen Umbruchs wird immer unverhohlener zur Schau gestellt.

Dabei bleiben derlei Äußerungen längst nicht mehr in diesen geschlossenen Gruppen, sondern sie dringen immer häufiger bis auf die Schreibtische der politisch Verantwortlichen durch:

Politiker werden in Briefen, E-Mails, Messenger-Nachrichten beschimpft, verunglimpft oder gar bedroht.

Ich spreche da aus eigener Erfahrung.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Daraus ergeben sich aus meiner Sicht zwei Fragen, deren Tragweite man nicht unterschätzen sollte:

1. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf unsere Demokratie?
2. Und damit einhergehend: Wer wird in Zukunft noch bereit sein, politische Verantwortung zu tragen, wenn er fürchten muss, von Teilen der Bevölkerung dermaßen verachtet und diffamiert zu werden?

Und ich stelle noch eine Entwicklung fest, die mir große Sorgen bereitet. In vielen Zuschriften (glücklicherweise nicht in allen!) gibt es einen gemeinsamen Nenner: viele Absender argumentieren nur für ihre eigene, ganz persönliche Sache. Das große Ganze spielt dabei keine Rolle mehr.

Ich glaube, darin Anzeichen eines wachsenden Egoismus in unserer Gesellschaft auszumachen.

Solidarität und Rücksicht auf den anderen haben in vielen dieser Zuschriften keine Bedeutung mehr.

Gleichzeitig wird immer häufiger hoher Druck ausgeübt, um bestimmte Entscheidungen zu beeinflussen.

Daraus ergibt sich eine weitere Frage, die ich in den Raum stellen möchte:

3. Was bedeuten diese Entwicklungen für unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch im beschaulichen Ostbelgien?

Ich höre in vielen Gesprächen, dass mehr und mehr ein tiefer Riss durch unsere Gesellschaft geht:

- Da werden Personen im Restaurant von anderen Gästen regelrecht angefeindet, weil sie der Empfehlung folgen und ganz banal einen Mundnasenschutz tragen.
- Da werden Versammlungen organisiert, bei denen die krudesten Theorien erläutert und verbreitet werden.
- Da werden Andersdenkende regelrecht niedergemacht, wenn sie diese Theorien anzweifeln oder sich als Befürworter der Corona-Maßnahmen outen.

Dieser Riss führt mittlerweile dazu, dass Streitigkeiten in Familien entstehen, dass Freundschaften auseinanderbrechen und dass Menschen Angst haben, ihre Meinung zu äußern.

Mir macht diese Entwicklung Angst.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Die Geschichte lehrt uns, wohin solche Entwicklungen führen können.
Und ich frage mich, wann es zum ersten Mal zu einem gewaltsamen Übergriff
kommen wird, und sei es nur eine Schlägerei.

Ich spreche aus eigener Erfahrung:

In den vergangenen Wochen haben die Anfeindungen, die Schmähungen und
Beleidigungen nicht nur in der Anzahl zugenommen, sondern sie sind auch
persönlicher geworden. Anfeindungen und Beleidigungen hat es im politischen
Geschäft wohl immer gegeben, auch vor Corona.

Aber seit einigen Monaten haben diese Äußerungen sowohl in der Zahl als auch in
ihrer Heftigkeit zugenommen.

Und auch der Druck, unter den man Entscheidungsträger setzt, ist größer
geworden.

Ich habe nichts gegen sachliche Auseinandersetzungen und ich habe mich nie einer
politischen Debatte verweigert, wie gerade die letzten Wochen nochmal bewiesen
haben sollten.

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu schützen und zu verteidigen gilt.

Aber mittlerweile geht es oft nicht mehr um den Austausch von Argumenten, also
um die Sache, sondern häufig nur noch um persönliche Verletzungen und
Unterstellungen.

Das tiefgreifende Misstrauen, das – so scheint es – den Politikern im Allgemeinen
entgegenschlägt, gibt mir sehr zu denken.

Aus meiner ganz persönlichen Sicht ist die Grenze dessen, was man sich selbst
zumuten kann und will, überschritten.

Und ich könnte mir vorstellen, dass auch andere Politiker so denken, weil sie
ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

Als ich vor knapp 12 Jahren in die Politik gegangen bin, wollte ich mich engagieren,
ich wollte im positiven Sinne einen Beitrag dazu leisten, unsere Heimat
mitzugestalten und etwas für die Menschen in unserer Region zu bewirken.

Ich glaube, dass ich in den letzten 11 Jahren, in denen ich Verantwortung in der
Regierung, zunächst als Sozial- und Gesundheitsminister, ab 2014 als
Bildungsminister, tragen durfte, einiges erreichen konnte, auch wenn ich sicherlich
Fehler gemacht habe, aus denen ich lernen musste.

Ich habe mich nach bestem Wissen und Gewissen engagiert, um unsere Projekte
und Vorhaben voranzutreiben.

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Ich habe mich gerne in Dossiers regelrecht hineingekniet, unzählige Stunden im Büro und in Versammlungen verbracht, oft zu nachtschlafender Zeit, wovon meine Familie, insbesondere meine beiden Kinder ein Liedchen singen können.

Aber auch Politiker sind nur Menschen.
Sie haben Empfindungen, machen sich Sorgen und Gedanken, haben schlaflose Nächte.
Und sie zahlen manchmal einen hohen Preis, wenn sie große Verantwortung tragen.

Ich persönlich habe immer gesagt, dass ich nicht „an einem Amt klebe“.
Und ich habe mir immer geschworen, dass ich mich niemals von der Politik abhängig machen werde.

Ich habe in den letzten Wochen sehr viel nachgedacht und viele Gespräche mit mir nahestehenden Personen geführt.
Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass der Preis, den ich und die Menschen um mich herum für diese Verantwortung mittlerweile zahlen müssen, zu hoch geworden ist.
Ich habe Sie heute zu mir eingeladen, um Ihnen mitzuteilen, dass ich mich aus der Politik zurückziehen werde.
Ich werde zum 12. Oktober 2020 mein Amt als Minister für Bildung, Forschung und Erziehung in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft niederlegen.
Und ich werde auch mein Mandat als Mitglied des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht aufnehmen, was ich theoretisch nach dem Rücktritt aus der Regierung tun könnte.
Diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen, aber ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass sie notwendig ist.
Am Ende ist eine solche Entscheidung immer eine einsame Entscheidung, eine ganz persönliche.

Ich weiß, dass ich womöglich auch einige Menschen enttäusche, die Hoffnungen in mein Wirken gesetzt haben, die mich vielleicht durch ihre Stimme unterstützt haben oder die mich in den letzten Jahren aktiv begleitet haben.
Ich bitte dennoch um Verständnis für diesen Schritt.

Ich bedanke mich von ganzem Herzen bei all den Menschen, die mich in den letzten 11 Jahren unterstützt haben: bei den fleißigen und loyalen Mitarbeiterinnen und

**MINISTER
FÜR BILDUNG, FORSCHUNG
UND ERZIEHUNG**

HARALD MOLLERS

Mitarbeitern meines Kabinetts, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei den politischen Mitstreitern von ProDG, die unsere Bewegung zu dem gemacht haben, was sie heute ist.

Ich danke auch meiner Lebensgefährtin, meinen Kindern und meiner Ex-Frau, meinen Eltern und meiner Schwester.

Sie alle haben in all den Jahren viel Verständnis aufbringen müssen und auf vieles verzichten müssen, das in anderen Familien ganz normal ist.

Ich danke auch den zahlreichen Wählerinnen und Wählern, die durch ihre Stimme dafür gesorgt haben, dass ich elf Jahre lang Regierungsverantwortung für unsere Gemeinschaft übernehmen durfte.

Es war mir eine Ehre, diese Verantwortung für die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tragen zu dürfen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.